

Die Landtagswahl in Kärnten 2013 und die standortpolitischen Folgen

Politische Analyse und Empfehlungen für Unternehmen

Alexandra Siegl, Peter Hajek, Walter Osztovcics, Andreas Kovar

10. April 2013

Inhalt

Ergebnisse der Landtagswahl	2
Analyse der Kampagnen	3
Politische Szenarien	6
Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen	7

Alle nachfolgenden auf Personengruppen bezogenen Formulierungen verstehen sich als geschlechtsneutral.

Kovar & Köppl Public Affairs Consulting GmbH
1010 Wien, Dorotheergasse 7, Österreich
T: +43 (1) 522 9220, F: +43 (1) 522 92 20-22
office@publicaffairs.cc, www.publicaffairs.cc

Peter Hajek Public Opinion Strategies GmbH
1010 Wien, Dorotheergasse 7, Österreich
T: +43 (1) 513 2200, F: +43 (1) 513 2200-60
office@peterhajek.com, www.peterhajek.com

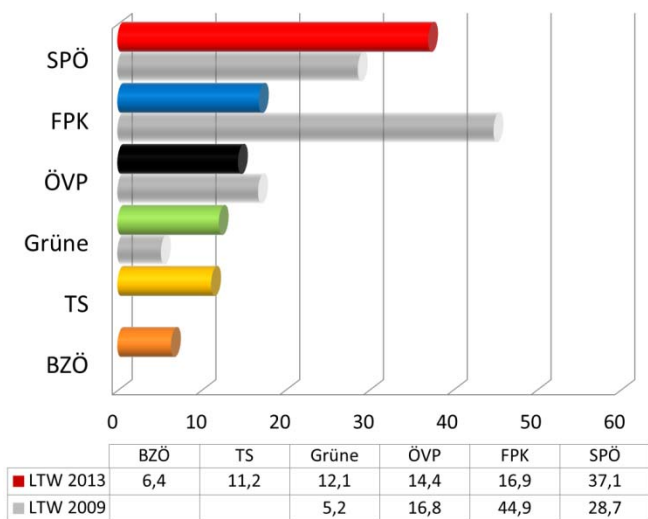
Ergebnisse der Landtagswahl

Eine rot-schwarz-grüne Dreierkoalition mit einem SPÖ-Landeshauptmann, das ist eigentlich nicht *part of the game* in Kärnten, hat dort doch bis vor Kurzem 14 Jahre lang die FPÖ (unter verschiedenen Namen) regiert. Doch diesmal war die Ausgangslage eine andere. Nach einer Reihe von Skandalen, Korruptionsvorwürfen und Prozessen gegen Politiker der Kärntner blau-schwarzen Koalition brachte das Geständnis von Josef Martinz in der Causa Birnbacher das Fass endgültig zum Überlaufen.

Doch während der ÖVP nach dem völligen politischen und moralischen Zusammenbruch glaubwürdig eine Erneuerung der Partei gelang und in die Skandale involvierte Politiker die ÖVP verlassen mussten, machte die FPK keine Anstalten zu einem Richtungswechsel. Im Gegenteil: Monatelang zogen die Landtagsabgeordneten der Partei jedes Mal geschlossen aus dem Sitzungssaal, wann immer ein Antrag auf Neuwahlen eingebracht wurde und verhinderten so eine Abstimmung, mit dem Ziel, möglichst viel Zeit bis zum Wahltag verstreichen zu lassen. Das Verzögerungsmanöver gelang zwar, doch waren ein paar Monate trotzdem zu wenig, um die Kärntner Bevölkerung Skandale in diesem Ausmaß vergessen zu lassen. Die FPK war weder inhaltlich noch personell bereit, auf Distanz zum vielzitierten „System Haider“ zu gehen. Der einzige Rücktritt war ein gerichtlich erzwungener, nämlich der von Uwe Scheuch. Aber selbst in diesem Fall versuchte die Partei, eher Kontinuität als Wechsel zu signalisieren – der Landesrat wurde von seinem Bruder Kurt Scheuch beerbet. Dementsprechend verheerend war schließlich auch das Ergebnis der FPK: Ein Absturz um 28

Prozentpunkte auf 16,9 Prozent hat die Partei nachhaltig in die Krise gestürzt.

Jubeln durfte dagegen die SPÖ mit Peter Kaiser. Dem SPÖ-Kandidaten wurde immer wieder nachgesagt, zu wenig charismatisch für die Position des Spitzenkandidaten zu sein, insofern überraschte sein klarer Wahlsieg viele. Neben dem starken Wunsch der Bevölkerung nach einem Wechsel war wohl auch der sachliche, seriöse Politikstil Kaisers eine positive Unterscheidung vom Stil der

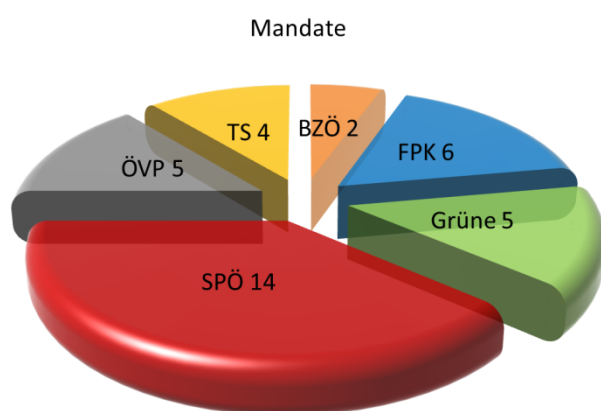


bisherigen Regierenden in Kärnten. Mit 37% schaffte die SPÖ ein Plus von über 8 Prozentpunkten und eroberte nach 24 Jahren im einst traditionell roten Kärnten den Landeshauptmannsessel zurück.

Über Gewinne konnten sich auch die Kärntner Grünen freuen. „Aufdecker“ Rolf Holub konnte den Stimmenanteil seiner Partei mit knapp über 12 Prozent mehr als verdoppeln.

Die ÖVP konnte zwar Stimmverluste nicht verhindern, doch fielen diese glimpflich aus. Angesichts des desaströsen Zustandes noch im Herbst 2012 muss das Ergebnis durchaus als Erfolg gewertet werden, denn die Partei mit der Doppelspitze Obernosterer/Waldner lag mit 14,4 Prozent deutlich über den Werten, die sie in Umfragen knapp nach dem Birnbacher-Prozess (inklusive Verurteilung des damaligen VP-Landesparteičhfs Josef Martinz) hatte.

Einen Erfolg fuhr das Team Stronach mit 11,2 Prozent ein, die Partei profitierte vor allem von der starken Proteststimmung im Land. Aufatmen konnte auch das BZÖ, das mit 6,4 Prozent den erhofften und symbolisch wichtigen Einzug in den Landtag schaffte. Klar verpasst haben den Einzug in den Landtag neben anderen Gruppierungen die Piraten mit 0,99 Prozent.



Im Landtag ergibt sich durch die Dreierkoalition eine breite Mehrheit von 24 Stimmen, mit der auch Verfassungsänderungen, wie die von SPÖ, ÖVP und Grünen im Wahlkampf versprochene Abschaffung des Proporz, möglich sind.

Die FPK kommt nach der Wahl nur noch auf sechs Landtagsitze, Team Stronach und BZÖ auf vier bzw. zwei Sitze.

In die Landesregierung zieht neben Landeshauptmann Peter Kaiser und Beate Prettner auch die ehemalige SPÖ-Chefin Gabriele Schaunig ein. Für die ÖVP zieht Wolfgang Waldner in die Landesregierung ein, grüner Landesrat wird Rolf Holub. Aufgrund der Proporzregierung ebenfalls in der Landesregierung vertreten sind Christian Ragger (FPK) und Gerhard Köfer (Team Stronach).

Analyse der Kampagnen

Unter dem Slogan „Kärnten kann mehr“ thematisierte die **SPÖ** mit Peter Kaiser klassische sozialdemokratische Inhalte wie Bildung, Arbeitsplätze, Gesundheit und „leistbares Leben“. Darüber hinaus bezog sich der Slogan aber vor allem auf einen Richtungswechsel in Kärnten nach den diversen Affären rund um die blau-schwarze Landeskoalition. Kärnten könne mehr, als nach der part of the game-Affäre und diversen anderen Skandalen das Witz-Land der Nation zu sein, so die Kampagne. Daneben wurde auch klassisches „Negative Campaigning“ betrieben. So gab es ein „Lexikon“, in dem „40 politische Grauslichkeiten“ der FPK aufgezählt wurden, von „Birnbacher“ bis „Wahlkampfbroschüre“.

Der Wunsch nach einem politischen Wechsel war das wichtigste Wahlmotiv der SPÖ-Wähler. In einer Umfrage von Peter Hajek im Auftrag von ATV gaben 35% der SPÖ-Wähler an, aus dem

Wunsch nach einem Wechsel heraus SPÖ gewählt zu haben¹. Auf Platz zwei und drei der Top-Wahlmotive lagen „Stammwähler/aus Überzeugung“ (24%) und Spitzenkandidat Peter Kaiser (11%).

Die **FPK** warb mit dem Slogan „Unser Kärnten“ – umrahmt von blauen Balken wie eine Ortstafel, wohl um an die von Dörfler erreichte Ortstafellösung zu erinnern. Inhaltlich setzte die FPK mit „Baugeld“, „Familiengeld“ und „Gesundheitsgeld“ auf einen Geldsegen für die Kärntner Bevölkerung. Dazu sollte der Zukunftsfonds aus dem Hypo-Verkauf in Höhe von 500 Millionen Euro aufgelöst und das Geld an die Bevölkerung verteilt werden („Unser Geld für unser Kärnten“). Die anderen Parteien liefen Sturm gegen diesen „Verkauf von Familiensilber“. Darüber hinaus war der Wahlkampf sehr auf Gerhard Dörfler zugespielt, dessen Persönlichkeitswerte in Umfragen weit besser waren, als die Werte seiner Partei.

Die Zuspitzung auf den Landeshauptmann war die richtige Strategie, so gaben 39% der FPK-Wähler in der Umfrage von Peter Hajek an, der Partei wegen der Person Gerhard Dörfler die Stimme gegeben zu haben. Die Partei wurde aber nichtsdestotrotz von ihrer Vergangenheit eingeholt, sie konnte und wollte sich vom „System Haider“ nicht distanzieren. Und auch der versprochene Geldsegen stieß im Bundesland mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung auf verhaltenen Jubel und war vor dem Hintergrund des nachgewiesenen missbräuchlichen Umgangs der Partei mit Steuergeld auch einfach nicht mehr glaubwürdig.

Der neue **ÖVP** Kärnten-Chef Gabriel Obernosterer setzte nach dem Geständnis und Rücktritt von Josef Martinz auf die Erneuerung der Partei. Aus Wien wurde ihm der ehemalige Staatssekretär im Außenministerium Wolfgang Waldner zur Seite gestellt. Die beiden traten als „Doppelspitze“ an, bei der Obernosterer als rustikalerer Part des Gespanns via Stammtisch-Tour bodenständigere Wählersegmente abdeckte, während Waldner urbane und höher gebildete Schichten ansprechen sollte. Inhaltlich setzte die Partei vor allem auf einen politischen Wechsel. Die Distanzierung zum ehemaligen Koalitionspartner gelang durch die personelle Erneuerung der Parteispitze relativ gut.

Als wichtigstes Wahlmotiv gaben 29% der ÖVP-Wähler in der Umfrage von Peter Hajek an, dass die Partei „reinen Tisch“ gemacht habe und einen neuen, ehrlichen Stil vertrete. Ein Viertel der ÖVP-Wähler waren nach eigenen Aussagen Stammwähler, das dritt wichtigste Wahlmotiv waren die Spitzenkandidaten Obernosterer und/oder Waldner (17%).

¹ Telefonisch befragt wurden 1.300 Kärntnerinnen und Kärntner ab 16 Jahren, die Feldarbeit fand zwischen 28. Februar und 2. März statt. Die Fragestellung war spontan, das heißt, die Antwortkategorien waren nicht vorgegeben. Es war mehr als eine Antwort auf die Frage möglich (Mehrfachnennungen).

Wie SPÖ und ÖVP setzten auch die **Grünen** auf einen politischen Wechsel und auf „saubere Politik“ unter dem Slogan „Ehrlichkeit für Kärnten. Gemeinsam schaffen wir das.“ Rolf Holub hat sich in den letzten Jahren vor allem vor dem Hintergrund der Birnbacher-Affäre den Ruf des „Aufdeckers“ erarbeitet, daher war die Positionierung im Bereich „saubere“ Politik und Aufdecker-Partei naheliegend. Das klassische Grün-Thema Umwelt wurde eher nur am Rande angesprochen.

Die Positionierung spiegelte sich auch in den Wahlmotiven wider. So war die Aufdeckung der Korruptionsaffären für 27% der Grün-Wähler das wichtigste Wahlmotiv, mit 17% folgt „saubere Partei, nicht korrupt“. Das drittwichtigste Wahlmotiv war schließlich, dass die Partei eine „Chance zum Mitregieren“ bekommen solle (11%).

Das **Team Stronach** warb mit Frank Stronach und dem von der SPÖ übergelaufenen Spittaler Bürgermeister Gerhard Köfer im Team. Inhaltlich unterschied sich das Team Stronach in Kärnten nicht von der Linie auf Bundesebene. So wurden in Inseraten Themen wie Wirtschaftskompetenz, soziale Gerechtigkeit, Kampf gegen Korruption und Geldverschwendung etc. angesprochen.

Entsprechend allgemein waren auch die Wahlmotive. So erwarteten sich 43% der Team Stronach-Wähler „frischen Wind“, „etwas Neues“ bzw. „eine Veränderung“. Das zweitwichtigste Wahlmotiv war die Person Frank Stronach mit 25%. Der Spitzenkandidat in Kärnten, Gerhard Köfer, spielte als Wahlmotiv eine untergeordnete Rolle. Das drittwichtigste Wahlmotiv war schließlich der Wunsch nach einem politischen Wechsel mit 12%.

Für das **BZÖ** ging es bei der Kärntner Landtagswahl um viel. Spätestens seit Frank Stronach die politische Bühne betreten hat, kämpft das Bündnis ums Überleben. Das Verpassen des Einzugs in den Landtag gerade in Kärnten, der Heimat des BZÖ-Gründes Haider und des BZÖ-Obmanns Bucher, hätte bundesweit eine desaströse Signalwirkung gehabt. Dementsprechend angriffig startete das BZÖ in den Wahlkampf und verglich gleich im ersten Werbespot unter dem Slogan „Kärnten befreien“ führende FPK-Politiker mit blutigen Diktatoren. Nachdem die Spots gerichtlich untersagt wurden, schwenkte die Partei auf einen moderateren Kurs ein und versprach unter dem Slogan „einfach anders“ „nicht alles anders, aber vieles besser“ zu machen.

Das Hauptmotiv für eine Stimmabgabe fürs BZÖ war Spitzenkandidat Josef Bucher (48% der BZÖ-Wähler), gefolgt vom Wunsch nach einem Wechsel (33%) und der Wirtschaftskompetenz der Partei (18%).

Politische Szenarien

Die Wahlen in Kärnten markierten einen unübersehbaren Einschnitt in der politischen Auseinandersetzung auch auf Bundesebene. Da sie – zusammen mit Niederösterreich – der erste größere Urnengang im Super-Wahljahr 2013 war, richtet sich naturgemäß der Blick auf Trends und Issues, die möglicherweise überregional wirksam sein könnten. Tatsächlich könnte Kärnten so etwas wie die Generalprobe für ein größeres politisches Gewitter gewesen sein.

Jedenfalls lassen sich mit dem Abstand von etwas mehr als einem Monat zwei Auswirkungen auf die politische Großwetterlage deutlich festmachen:

1. Zersplitterung der Parteienlandschaft

Vor der Wahl saßen 3 Parteien im Kärntner Landtag. Jetzt sind es 6, von denen 5 auch einen Regierungsvertreter stellen. Für Kärnten wird diese Zersplitterung in nächster Zeit noch keine sichtbaren Auswirkungen haben, da zumindest SPÖ, Grüne und ÖVP angesichts der politischen Krise, die es zu überwinden gilt, sehr konsensorientiert agieren und eine Dreierkoalition gebildet haben, die über ein starkes Stimmgewicht verfügt – solange sie geschlossen agiert. Doch sollten im Laufe der Legislaturperiode Auffassungsunterschiede oder gar Konflikte auftauchen, können Beschlüsse im Landtag wie auch in der Landesregierung rasch mühsam werden.

Sämtliche Meinungsforscher gehen davon aus, dass das Team Stronach mit seinem Ergebnis (das noch dazu in der Größenordnung annähernd dem von Niederösterreich entspricht) zu einer wesentlichen Größe in der österreichischen politischen Landschaft geworden ist. Zwar kann noch viel schiefgehen bis zur Nationalratswahl (die inneren Turbulenzen in Tirol zeigen das), doch sollten realistische Szenarien davon ausgehen, dass Stronach mit rund 10% im nächsten Parlament vertreten sein wird. Da auch das BZÖ sowie die Formation Neos/Liberales Forum realistische Chancen auf einen Einzug haben, ist ein Parlament mit 7 Parteien zwar ein Extremszenario, aber keineswegs völlig unwahrscheinlich.

Die Wahlen in Tirol werden das Bild der Zersplitterung voraussichtlich noch verstärken, da dort der Prozess schon vor längerer Zeit begonnen hat – hier sind neben den Piraten auch Abspaltungen von der ÖVP, die schon im Landtag vertretene Liste Fritz und die Liste Vorwärts Tirol in durchaus nennenswerter Stärke am Start.

2. Governance und Compliance als langfristige Trends

Das Wahlergebnis in Kärnten wurde allgemein als Absage an ein korruptes System interpretiert, an eine Ära, in der das Land bis an den Rand des Bankrotts verschuldet wurde und die regierenden Politiker mit diesen Schulden das Wohlwollen der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen buchstäblich erkauft haben.

Noch bis kurz vor der Wahl äußerten politische Kommentatoren Zweifel, ob „man den Wählern genug Vernunft zutrauen“ könne, um dieses System abzuwählen – schließlich hatte sich ja kurz davor in Italien gezeigt, dass selbst ein Berlusconi (der nur deshalb nicht im Gefängnis sitzt, weil er als Regierungschef die Verjährungsfristen mancher Delikte per

Gesetz verkürzen ließ) wiedergewählt worden war. Umso stärker wurde das Signal des Wahlergebnisses als Votum für Sauberkeit und Demokratie verstanden – selbst der abgewählte Landeshauptmann Gerhard Dörfler äußerte sich am Wahlabend in diese Richtung. Das Programm der neuen Dreierkoalition verstärkt noch dieses Bild, hier haben Kampf gegen Korruption sowie eine Änderung der Verfassung zur Ermöglichung von mehr Kontrolle sehr hohe Priorität.

Sauberkeit, korrekte Amtsführung, das Einhalten von demokratischen Spielregeln, Fairness gegenüber dem politischen Gegner, Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, ein erhöhtes Maß an Partizipation – diese Themen spielen ab sofort auch auf Bundesebene eine verstärkte Rolle. Dadurch könnte auch das Volksbegehren „Mein Österreich“ Auftrieb erfahren, das bis dahin trotz positiver Rezeption in den Medien von der etablierten Politik nur zögerlich ernst genommen wurde.

Ein erstes Anzeichen: Die Bundesregierung hat Vorschläge für ein „Demokratiepaket“ vorgelegt – offenbar gehen die Strategen von SPÖ und ÖVP davon aus, dass dieses Thema auch im Wahlkampf eine Rolle spielen wird.

Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen

Unmittelbar nach der Wahl in Kärnten (und der Wahl in Niederösterreich am selben Tag) wurde auch auf Bundesebene der Wahlkampf eröffnet. Beide Regierungsparteien fühlen sich durch das Ergebnis gestärkt. In Kärnten ist es vor allem die SPÖ, die nach nicht weniger als 23 Jahren eines ihrer traditionellen Kernländer zurückerobern konnte. Im Fall der ÖVP nährt sich die Zuversicht naturgemäß stärker aus dem Ergebnis von Niederösterreich, doch auch die Wahl in Kärnten wird zu Recht als erfolgreich eingestuft: Immerhin war die Landespartei noch im September 2012 personell, moralisch und politisch völlig ruiniert und (zumindest, was Gerichtsverfahren und Verurteilungen betrifft) noch stärker in die Skandale verwickelt als die FPÖ. Die rasche und konsequente personelle Erneuerung bewirkte, dass die ÖVP mit geringen Verlusten immerhin drittstärkste Kraft blieb und heute unbestritten auf der Seite der Reformkräfte steht.

Aber ob zu Recht oder zu Unrecht: Es ist ein Faktum, dass beide Regierungsparteien sich gestärkt fühlen und das Ergebnis von Kärnten (und Niederösterreich) nutzen, um neuen Schwung zu nehmen. Bisher schlägt sich dieser Schwung allerdings nicht in einer beschleunigten Reformarbeit nieder, sondern wird vorwiegend für Vorwahlgeplänkel an Nebenschauplätzen genutzt.

Für Public Affairs-Verantwortliche bedeuten Wahlkampfzeiten stets zweierlei: Zum einen sind die Parteien (nicht nur die Regierungsparteien) auf der Suche nach Themen, mit denen sie sich profilieren können. Zum anderen bleiben komplizierte Anliegen meist unerledigt liegen. Wer ein Anliegen vertritt, das inhaltlich zu einem Wahlkampfthema passt, findet damit in der Regel Gehör – läuft allerdings Gefahr, dass er in den Sturm einer unsachlich geführten Debatte gerät. Wer politische Entscheidungen herbeiführen will, die nicht in das Wahlkampf-Themenspektrum passt, wird vermutlich überall auf später vertröstet werden.

Ganz allgemein lässt sich daher die Empfehlung aussprechen: Die Phase von jetzt bis Oktober kann genutzt werden, um Anliegen für die Zeit danach zu platzieren. Ziel kann es etwa sein,

dass das eigene Anliegen ins nächste Koalitionsabkommen aufgenommen wird. Die aktuelle politische Debatte wird jedoch zunehmend im Hinblick auf Profilierung geführt: Wenn eine Partei ein Anliegen aufgreift, führt das fast zwangsläufig dazu, dass alle anderen es ablehnen – weshalb es in diesen Monaten leichter sein sollte, Vorhaben (die für das eigene Unternehmen nachteilig wären) zu verhindern, als zu befördern.

*

Insgesamt hat das Gewicht der Länder gegenüber dem Bund weiter zugenommen. Sämtliche Landeshauptleute stammen nun entweder von der SPÖ oder von der ÖVP. Die SPÖ in Kärnten ist noch dazu seit gestern eine starke Partei mit solider Mehrheit. Im Land regiert der neue Landeshauptmann Peter Kaiser zwar betont teamorientiert und konsensual. Es darf jedoch erwartet werden, dass er gegenüber dem Bund, so wie seine Kollegen in anderen Ländern, entsprechend selbstbewusst auftreten wird. Die Länder werden daher noch stärker als bisher in politischen Auseinandersetzungen mit dem Bund ihre Interessen durchsetzen. Beispiele für solche Fälle: Jugendschutzgesetz (keine bundesweite Vereinheitlichung), Spitalsreform, Budgetdisziplin (Ländern wehren sich erfolgreich gegen Aufsicht des Bundes).

*

Das Team Stronach muss ab sofort als wichtiger politischer Player eingestuft werden. Alle Umfragen und Trendrechnungen gehen davon aus, dass die Partei bei der Bundeswahl im Oktober 2013 mit einem Stimmanteil von rund 10-12% in den Nationalrat einziehen wird. Für Public Affairs Verantwortliche empfiehlt sich daher, Kontakte zu Vertretern des Teams Stronach aufzubauen und die weitere Entwicklung dieser Gruppierung näher zu beobachten. Monitoring und eine Anpassung der Einschätzung sind deshalb notwendig, weil nach wie vor Unklarheit über die zukünftige Ausrichtung der neuen Partei besteht. Nach der bisherigen Rhetorik zu schließen, steht Team Stronach für einen rechtsliberalen, wirtschaftsfreundlichen Kurs, wie er auch der persönlichen Lebenseinstellung des Gründers Frank Stronach entspricht. Die bisher vertretenen Positionen sind plakativ und stark vereinfachend, richten sich im Kern aber auf Deregulierung und Zurückdrängen des Staates. Lediglich die Position zur EU (Abschaffen des Euro) liegt abseits des europäischen Mainstreams wirtschaftsliberaler Parteien.

Hervorzuheben ist allerdings, dass die Partei – obgleich im weiteren Sinn rechtspopulistisch – bisher deutlichen Abstand zu den Positionen (und Personen) des äußeren rechten Rands hält: Team Stronach ist bis dato frei von Nazi-Sympathisantentum, Islam-Hetze oder Fremdenfeindlichkeit. In Tirol hat sich die Gruppe von ihrem Mitglied Alois Wechselberger rasch distanziert, als dessen Nähe zu einer rechtsextremen Internetgruppe bekannt wurden.

Dennoch muss festgehalten werden, dass es noch zu früh ist, um zu beurteilen, ob Team Stronach im politischen Alltag ein Verbündeter der Wirtschaft für die Vertretung von legitimen Interessen sein kann. Der Streit in Tirol um die „echte Liste“ zeigt, dass noch kaum interne Strukturen vorhanden sind und die Gruppe in Abwesenheit des Gründers Frank Stronach nur

bedingt handlungsfähig sein könnte. Zudem muss erst noch näher beobachtet werden muss, wie sich die Vertreter der Partei bei konkreten politischen Entscheidungen verhalten, vor allem auch, wie sehr sie allenfalls den Einflüssen von Ad-hoc-Entscheidungen des Parteigründers ausgeliefert sind.

*

Wie bereits im oberen Abschnitt ausgeführt, erwiesen sich die Issues „Good Governance“, „Kampf gegen Korruption“ und „Kontrolle der Mächtigen“ als starke Wählermotive. Darauf muss auch der Stil der Public Affairs Rücksicht nehmen. Augenzwinkernd-salopper Umgang mit den Spielregeln wird von der Öffentlichkeit und von den Vertretern der Politik selbst immer weniger toleriert. Gerade wenn ein Unternehmen oder eine Organisation legitime Anliegen vertreten will, sind Korrektheit und Transparenz unerlässliche Erfolgskriterien. Mehr noch: Auch ein „Kuschelkurs mit den Mächtigen“ sollte vermieden werden, ebenso die öffentliche Demonstration großer Nähe zu den Entscheidungsträgern.

Die Autoren



Mag. Alexandra Siegl, MSc

ist Consultant bei Peter Hajek Public Opinion Strategies. Die Meinungsforscherin ist spezialisiert auf die Schwerpunkte Demoskopie, politisches Marketing und Microtargeting. Alexandra Siegl studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und politische Kommunikation an der Donauuniversität Krems.



Dr. Peter Hajek

ist geschäftsführender Gesellschafter der Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Meinungsforscher und Politologe verfügt über internationale Erfahrung als Berater in Österreich, Deutschland und bei den UN in New York. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Markt- und Meinungsforschung und Strategieberatung. Er hat Lehraufträge an der Uni Wien, an der Uni Klagenfurt und der Donauuniversität Krems.



Walter Osztovcics

ist Politikberater und Partner von Kovar & Köppl. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur der deutschen Wirtschaftswoche und in Österreich bei Format, Kurier und der Wochenpresse.



Andreas Kovar

ist Partner von Kovar & Köppl und seit dreizehn Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.